

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XX/218

Bonn, den 12. November 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite Zeilen

1 Worte und Taten 36

Ministerpräsident Meyers und der Verfassungsauftrag

1 a R H O D E S I E N 50

Ein neues Pulverfaß in Afrika

Von \* \* \*

2 - 3 Wir vertrauen auf die Initiative von Berlin 92

Briefe aus Ost-Berlin und der Zone, die der Senat ersuchten

4 - 5 Kalter Staatsatrich 64

Zweiparteien-System in Brasilien

5 KdR - Mitglied des Reichstages 17

Handbuch der Deutschen Reichstage bis 1933

Worte und Taten

Ministerpräsident Meyers und der Verfassungsauftrag

- \* Von den tragenden Grundprinzipien der Verfassung sei
- \* das Grundprinzip der Sozialstaatlichkeit in der Bundesre-
- \* publik am wenigsten fertig und abgeschlossen... Der sozi-
- \* alstaatliche Verfassungsauftrag sei erst dann erfüllt, wenn
- \* man bei ehrlicher Prüfung sagen könne, dass die Bundesre-
- \* publik Deutschland nicht nur ein demokratischer Staat und
- \* ein Rechtsstaat, sondern auch ein Sozialstaat im Sinne der
- \* Verfassung sei" (dpa, 11.11.1965)

\* \* \*

sp - Dieses Zitat stammt nicht aus der Rede eines sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten, sondern gibt die Gedanken wieder, die Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Franz Meyers (CDU) auf dem deutschen Fürsorgetag in Köln geäußert hat. Wie es heisst, erhielt Ministerpräsident Meyers von seinen aufmerksamen Zuhörern für diese Bemerkungen starken Beifall. Mit Recht!

Einige Stunden zuvor, aber ebenfalls am 11.11.1965, meldete dpa, dass in kommenden Jahr mit einschneidenden Kürzungen des Wohnungsbaus für Flüchtlinge und Heimatvertriebene gerechnet werden müsse. Nach zuverlässigen Informationen sollen 1966 für den Flüchtlingswohnungsbau nur 175 Millionen DM als Bundesanteil zur Verfügung gestellt werden. Als notwendiger Bundesanteil waren ursprünglich 550 Millionen DM vorgesehen.

Um richtig begreifen zu können, wie gross die Diskrepanz zwischen einer Sagensrede des CDU-Ministerpräsidenten des volkreichsten Landes der Bundesrepublik und den Absichten der ebenfalls von der CDU geführten Bundesregierung ist, muss man folgendes wissen:

- \* Gegenwärtig leben in 647 Durchgangslagern und 1 029 aner-
- \* kannten Wohnlagern noch mehr als 70 000 Flüchtlinge und Vertrie-
- \* bene. Viele von ihnen warten schon seit zwölf Jahren auf die Zu-
- \* teilung von angemessenem Wohnraum. Vorsichtige Schätzungen, die
- \* nicht von den Heimatvertriebenenverbänden, sondern von den
- \* zuständigen offiziellen Stellen im Bund und in den Ländern stam-
- \* men, haben ergeben, dass zur Zeit noch etwa 600 000 Flüchtlinge
- \* und Heimatvertriebene unzureichend mit Wohnungen versorgt sind.

Da kann man, gerichtet an die Adresse von Ministerpräsident Meyers und der Bundesregierung, mit Theodor Heuss nur sagen: Kon erfüllt mal schön den Verfassungsauftrag!

+ \* +

## R H O D E S I E N

### Ein neues Pulverfass in Afrika

Von \* \* \*

Der Bruch Rhodesiens mit England und die von der britischen Regierung inzwischen angekündigten Sanktionen gegen das separatistische Verhalten der rhodesischen Regierung stellen nicht nur Grossbritannien sondern die ganze freie Welt vor ein äusserst schwieriges Problem. Die UNO hat sich wenige Stunden nach der einseitigen Unabhängigkeitserklärung der rhodesischen Regierung mit überwältigender Mehrheit auf die Seite Grossbritanniens gestellt. Frankreich enthielt sich der Stimme; Portugal und die Südafrikanische Union stellten sich auf die Seite der rhodesischen Separatistenregierung.

Unter Umständen kann die Situation in ganz Afrika jetzt sehr kritisch werden. Die farbigen Einwohner Rhodesiens rechnen in ihrem Unabhängigkeitskampf selbstverständlich mit der aktiven Unterstützung der meisten übrigen afrikanischen Staaten. Der separatistische rhodesische Ministerpräsident Smith dagegen erwartet die Unterstützung Portugals und der Südafrikanischen Union. Portugals Kolonie Angola grenzt westlich, die Südafrikanische Union südlich an Rhodesien.

Selbstverständlich werden die Russen und Chinesen nicht untätig bleiben. Für sie ist - möglicherweise zusammen oder unabhängig voneinander - die einseitige Unabhängigkeitserklärung der rhodesischen Regierung ein willkommener Anlass, um sich noch fester in Afrika zu verankern als bisher. Dies mag wohl der Hauptgrund dafür sein, dass der britische Premierminister Harold Wilson erklärt hat, Grossbritannien wolle keine militärische Intervention in Rhodesien einleiten. Vielleicht hofft Wilson, auf diese Weise Russen und Chinesen an einer kommunistisch gesteuerten militärischen Intervention hindern zu können. Ob das gelingt, ist sehr zweifelhaft, denn erfahrungsgemäss begnügen sich Peking und Moskau in Situationen, wie sie jetzt in Rhodesien entstanden ist, meist mit indirekter militärischer Hilfe für die farbige Bevölkerung. Man schickt über Drittländer Waffen und "liefert" Instrukteure, die als "zivile Berater" auftreten und hauptsächlich Unterweisung für die Führung eines wirksamen Guerillakrieges geben.

Frankreichs Haltung in der UNO ist von dem Wunsch diktiert, in jedem Fall als Vermittler auftreten zu können; eine Rolle, die de Gaulle sowohl in Moskau als auch in Peking seit langem gut vorbereitet haben dürfte.

Auch die Bundesrepublik Deutschland kommt - ob sie will oder nicht - in den Sog der nunmehr beginnenden Auseinandersetzung über eine Beilegung des Konfliktes um Rhodesien. Die meisten afrikanischen Staaten, die sich mit der farbigen Bevölkerung Rhodesiens solidarisch erklären, werden ihr politisches Verhalten gegenüber der Bundesrepublik davon abhängig machen, wie diese sich zu dem nunmehr beginnenden Befreiungskampf der afrikanischen Bevölkerung Rhodesiens einstellt. Wenn es Premierminister Wilson gelingt, mit Hilfe politischer und wirtschaftlicher Sanktionen die rhodesische Separatistenregierung von der Umwelt zu isolieren, ist noch lange nicht gesagt, dass sich die unabhängigen afrikanischen Staaten damit zufriedengeben. Für diesen Fall hat Wilson den Einsatz einer neutralen UNO-Truppe in Rhodesien vorgesehen, deren Aktionsfähigkeit aber auch nur dann gegeben wäre, wenn die Sowjets und die unabhängigen afrikanischen Staaten mit der Entsendung von UNO-Truppen einverstanden sein würden.

Wir vertrauen auf die Initiative von Berlin

Briefe aus Ost-Berlin und der Zone, die den Senat erreichten

Das Zentralorgan der SED "Neues Deutschland" veröffentlichte am 10. September 1964 eine "Mitteilung des Presseamtes zu Besuchsreisen", in der es unter anderem hieß: "Der Ministerrat der DDR beschloß, daß im Rentenalter stehenden Bürgern der DDR jährlich eine Besuchsreise zu Verwandten in der Bundesrepublik und West-Berlin mit einer Aufenthaltsdauer bis zu vier Wochen genehmigt werden kann. Die Reisen können ab 2. November 1964 erfolgen." Seit dieser Zeit haben rund 400 000 ältere Mitbürger aus dem Sowjetsektor und der Sowjetzone die Gelegenheit wahrgenommen, ihre Verwandten in West-Berlin zu besuchen. Von ihren Eindrücken und Erfahrungen, ihren Wünschen und Hoffnungen berichten sie in einer Vielzahl von Briefen, die täglich für den Regierenden Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt, im Rathaus Schöneberg eingehen. Der Senat von Berlin hat jetzt eine Dokumentation herausgegeben, die der Öffentlichkeit einen Einblick vermitteln soll in die Äußerungen und Stellungnahmen unserer älteren Mitbürger von drüben.

Neben dem herzlichen und aufrichtigen Dank, den die Besucher aus Ost-Berlin und der Zone für die freundliche Aufnahme und insbesondere auch für die ihnen vom Senat gewährte materielle Hilfe in ihren Briefen Ausdruck verleihen, steht bei vielen die Bewunderung über das neue, moderne Gesicht Berlins im Vordergrund:

"... Ehrliche Bewunderung empfinden wir über die unzähligen neuerbauten Wohnviertel. Diese strafen die in der Zone veröffentlichten Artikel Lügen, in denen berichtet wird, daß West-Berlin und die Bundesrepublik kein Geld für Wohnungsbauten ausgeben, sondern nur für Kasernen und militärische Anlagen. Die Vielzahl der eleganten Kaufhäuser und Geschäfte, dieses überreiche Angebot aller Bedarfsgüter und die kaufflustige Bevölkerung setzen uns in größtes Erstaunen. Die Zeitschriften berichten nur von bankrotten Geschäften, verdorbenen Lebensmitteln und armen ausgebeuteten Arbeitern, denen es bei geringem Verdienst nicht möglich ist, sich die dringendsten Sachen zu kaufen."

Daneben aber liest man die bange Frage:

"Ob ein Bewohner des Westens auch nur im entferntesten ahnen kann, welche Gefühle den Menschen aus dem Osten - zumal wenn er geborener Berliner ist - beim Anblick dieses unglaublichen Aufstiegs West-Berlins bewegen?"

Und gerade in diesem Zusammenhang berichtet ein Teil der Besucher mit Bedauern davon, daß sie bei Westdeutschen jegliches Zusammengehörigkeitsgefühl vermißt hätten. So sollte es zu denken geben, wenn ein Rentnerpaar aus Ost-Berlin schreibt:

"Leider haben wir von jungen Menschen, darunter einem Studenten, Ansichten gehört, die uns erschüttert haben. Diese jungen Leute haben anlässlich eines Besuches in Ost-Berlin festgestellt, daß es 'denen da drüben' ja soo gut geht. Auf unsere Frage, was denn die akademische Jugend in West-Berlin oder Westdeutschland tue, erhielten wir die Antwort: Was sollen wir tun, uns geht es doch gut."

Ein sehr wichtiges Anliegen hat eine Lehrerin vorzubringen, der man es glauben darf, daß sie für viele ihrer Landsleute spricht:

"Wir freuen uns, wenn es politisch Bedrängten gelingt, ohne Schaden die Mauer zu überwinden, sind aber immer bedrückt, wenn davon im Radio und Fernsehen soviel Aufsehen gemacht wird. Das schadet nicht nur denen, die noch eine Flucht vor sich haben, sondern auch manchmal denen, die an der Mauer, oft ungewollt, ihren Dienst tun müssen."

Ein Anlaß mehr für die Verantwortlichen, ihren Standpunkt zu diesem Problembereich noch einmal zu überdenken.

Bemerkenswert oft taucht in den Briefen der Name des ermordeten Präsidenten Kennedy auf. Ein Besucher erzählt:

"Mein erster Weg nach meiner Ankunft in West-Berlin führte mich zum Schöneberger Rathaus, und mein Blick galt voll schmerzlicher Bewunderung den vielen Kränzen und den Blumensträußen auf den Stufen zu Füßen der Gedenktafel an den amerikanischen Präsidenten J. F. Kennedy. Haben wir Ostler ihm doch unsere ganze Hoffnung auf eine Wiedervereinigung der freien Welt anvertraut."

Am Ende stehen regelmäßig Worte des Vertrauens auf die Standhaftigkeit der westlichen Welt gegenüber dem Kommunismus aber auch beschwörende Aufrufe zu verstärkter Aktivität in Sachen Wiedervereinigung, denn, so schreibt bitter ein älterer Besucher, mit dem "Gefasel vom 'Haltet aus'" ist es nicht getan. An den Senat von Berlin ist folgender Brief gerichtet:

"Wir alle vertrauen auf die Initiative von Berlin, und wir wünschen dem Senat beste Erfolge in allen Bemühungen um uns und um eine baldige Lockerung der pseudogesetzlichen Drangsaliierungen. Wir wollen bescheiden, aber in Freiheit leben!"

In einem Brief an den Regierenden heißt es:

"Sehr geehrter Herr Brandt, als der Regierende Bürgermeister unserer Stadt schreiben Sie es für uns in alle Welt hinaus: Wir alle in Ost-Berlin möchten dringend die gesamtdeutsche freie Wahl für die Wiedervereinigung."

Willy Brandt selbst nimmt am Ende der Dokumentation zur "Haltung der Ostberliner" Stellung und betont, daß die Verklammerung der beiden Teile Berlins und Deutschlands über die Stärkung der Familien angesichts der in der internationalen Politik gegebenen Lage so stark wie nur irgend möglich erfolgen sollte. Auf die immer wieder gestellte Frage nach den Möglichkeiten, die der einzelne habe, antwortet der Regierende Bürgermeister unmißverständlich, daß jeder mindestens einen Menschen von drüben zeigen könne, wieviel er ihm wert sei. "Das ist der Beitrag der vielen einzelnen in unserem Volke zur Lösung der deutschen Frage. Wir können die Verantwortung der vier Mächte damit nicht 'ersetzen'. Aber das Gefühl des Zusammenhalts unseres Volkes bewahren, das können wir nur allein. Niemand kann uns diese Verantwortung abnehmen. Zu dieser Verantwortung ist jeder einzelne aufgerufen."

## Kalter Staatsstreich

### Zweiparteien-System in Brasilien.

HD - Der kalte Staatsstreich, mit dem Brasiliens Präsident Marshall Humberto de Alencar Castelo Branco das Parlament ausser Gefecht setzte, hat viele Fragen aufgeworfen. Manche von ihnen haben jetzt eine schlüssige Antwort gefunden.

Nach der Auflösung der bisherigen politischen Parteien und dem erlassenen "institutionellen Ergänzungsakt" über die Neubildung der politischen Parteien ist es klar, dass die Militärs das Zweiparteien-System einführen wollen und die sozialistische Arbeiterpartei (PTB) aus dem politischen Leben des Landes verbannt sehen möchten.

Eine entsprechende Erklärung hat der neue Justizminister Juracy Magalhães abgegeben. Magalhães, der von Castelo Branco als Vertrauensmann der Militärs und als kommender Staatspräsident planmässig aufgebaut wird, gehört zwar der aufgelösten liberalen Mittelstandspartei der Sozialen Demokraten (PSD) an, verfügt aber auch über einen ausgezeichneten Draht zu der ebenfalls aufgelösten steckkonservativen Regierungspartei "Nationaldemokratische Union" (UDN). PSD und UDN haben bereits "parlamentarische Blöcke" gebildet, die sich nach Wunsch der Militärs wieder als Regierungs- bzw. Oppositionspartei unter Ausschaltung der PTB konstituieren sollen, um wenigstens die äusserliche parlamentarische Fassade des Militär-Regimes am Leben zu erhalten.

Der Schlag der Regierung Castelo Branco richtete sich eindeutig gegen die Arbeiterpartei, die gemeinsam mit der opportunistischen PSD die UDN bei den Gouverneurwahlen in elf der 22 Bundesstaaten am 5. Oktober eindeutig besiegte. Die PTB ist seit dem von "oben" gelenkten Umsturz vom 30. März 1964 als politischer Faktor ausgeschaltet, weil sie die arbeitenden Schichten der Bevölkerung im Rahmen der verfassungsmässigen Einschränkungen vertritt. Sie litt stets unter dem Handicap einer schlechten Kopie der USA-Verfassung, die den Analphabeten und den Militärs vom obersten Unteroffiziersdienstgrad abwärts die Teilnahme an den Wahlen bzw. das passive Wahlrecht verbietet. Von 80 Millionen Brasilianern wären normalerweise 40 Millionen wahlberechtigt, weil etwa die Hälfte der Bevölkerung weniger als 20 Jahre alt ist. Von diesen dürfen jedoch nur etwa 18 Millionen wählen - das war bereits der Fall, ehe die Militärs an die Macht kamen. Unterentwicklung und politische Diskriminierung gaben den Weg zur Diktatur frei, weil es an den grundlegenden Voraussetzungen für eine funktionsfähige Demokratie von Anfang an fehlte.

In Brasilien gibt es zwar keine Rassendiskriminierung, aber wie in vielen Ländern Lateinamerikas herrscht dort die uneingeschränkte Diktatur der Privilegierten, die diese Länder für den Kommunismus anfällig macht.

Bei allen Vorbehalten gegenüber dem gestürzten Präsidenten João ("Xango") Goulart, der wie viele seine Vorgänger darauf bedacht war, für sein Prestige zu sorgen, hatte dieser damit begonnen, die verbotene KP wieder zuzulassen, unter öffentliche Kontrolle zu bringen

und dadurch die kommunistische Infiltration der Arbeiterpartei PTB zu bremsen. Auch Goulart hatte die Gefahr des Linksradikalismus erkannt und damit begonnen, diese auszuschalten. Der Militärputsch von 1964, in typisch südamerikanischer Heldenpose als "Befreiungsrevolution" bezeichnet, brachte diese Entwicklung zum Stillstand und machte den Weg frei für die völlige Entrechtung der Arbeiter und der Gewerkschaften.

Die brasilianischen Militärs haben den Kommunisten freiwillig die wirksamsten Waffen für die Verfolgung ihrer Ziele in die Hände gespielt. Sie scheuten sich nicht einmal, den angesehenen katholischen Sozialpfarrer Francisco Lago Pessoa zu 28 Jahren Einschließung wegen angeblich unstürzlerischer Tätigkeit zu verurteilen, weil dieser die Anweisungen seiner Kirchenoberen befolgt und im Geiste der päpstlichen Enzyklika "Mater et Magistra" gehandelt hatte. Es ist bezeichnend, dass diese Enzyklika und die Enzyklika "Pacem in terris" in Sao Paulo von der Staatspolizei DGPS als "umstürzlerische Propaganda" in den katholischen Buchhandlungen beschlagnahmt wurden. So gesehen, könnte man zu dem Schluss kommen, die gegenwärtigen Träger der Staatsgewalt in Brasilien seien weder demokratisch noch christlich.

+ + +  
Mdr - Mitglied des Reichstages  
-----

Handbuch der Deutschen Reichstage bis 1933

sp - Im Fackelträger-Verlag, Schmidt-Küster-GmbH, Hannover, erscheint demnächst ein interessantes Buch, das eine wertvolle Bereicherung der Geschichte der Deutschen Demokratie darstellt: "Mdr - Biographisches Handbuch der deutschen Reichstage". Verfasser ist der Ministerialbeamte des Landes Niedersachsen, Max S c h w a r z.

Dieses biographische Handbuch der Deutschen Reichstage umfasst den Zeitraum von 1848 bis 1933 und bringt erstmalig eine vollständige Übersicht über alle zur Deutschen Nationalversammlung 1848-49 und zum Deutschen Reichstag von 1867 bis 1933 gewählten Volksvertreter. In alphabetischer Reihenfolge werden insgesamt 5 370 Abgeordnete in Kurzbiographien dargestellt. Außerdem bietet das Buch eine hervorragende Übersicht über die politischen Strukturveränderungen in den einzelnen Wahlkreisen, die Mandatsverteilung sowie die Zusammensetzung der Regierungen. Max Schwarz hat mit diesem Werk Historikern, Parlamentariern, Lehrern, Studenten und Bibliothekern einen notwendigen und in dieser Form einmaligen Beitrag zur Geschichte des Parlamentarismus in Deutschland geleistet.